

# Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: Leipzig.  
Raben & Komp., Nr. 20818.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Kontoführer:  
Gebr. Minhold, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich Bringerlohn monatlich 1.50 M. Durch die Post bezogen vierteljährlich 4.00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 6.50. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26 261.  
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die 7spaltige Zeitspalte mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 209.

Dresden, Sonnabend den 7. September 1918.

29. Jahrg.

## Neutrale Vermittlung unmöglich!

Ebert beim Reichskanzler. — Hingés Rückkehr aus Wien. — Austausch der Zusatzverträge. — Der russische Vertreter in London verhaftet.

### Zur Frage der internationalen Konferenz.

Von Fritz Ebert.

Über die Möglichkeiten einer internationalen Sozialisten-Konferenz und die Haltung der deutschen Sozialdemokratie sind in der letzten Zeit in der Presse widersprechende Mitteilungen gemacht worden, die mir eine Klarstellung geboten erscheinen lassen. Besonders gilt das gegenüber der Erklärung, die Arthur Henderson nach der Morning-Post einem Reutersvertreter gegeben hat.

Die neuen Bemühungen für das Zustandekommen einer internationalen Sozialisten-Konferenz knüpfen an die Denkschrift über die Kriegsziele an, die auf der Konferenz der Arbeiter und Sozialisten der alliierten Länder im Februar dieses Jahres in London beschlossen worden ist. Diese Denkschrift, die im Wortlaut der deutschen Sozialdemokratie am 8. Juni zugestellt worden ist, behandelt eingehend die Kriegs- und Friedensfragen; sie ist feinergetzt in der Parteipresse besprochen worden. Im letzten Abschnitt, der sich mit den Möglichkeiten einer internationalen Konferenz beschäftigt, heißt es:

„Die Konferenz betrachtet es als eine wesentliche Bedingung für eine internationale Konferenz, daß die Organisationen der Konferenz sich vergewissern, daß alle zur Vertretung gelangenden Organisationen in einer öffentlichen Erklärung ihre Friedensbedingungen in bestimmter Form in Übereinstimmung mit den Grundfragen feststellen: Keine Annexionen oder Stransenscheidungen und Recht aller Völker auf Selbstbestimmung, und daß sie alles in ihren Kräften aufbieten, um von ihren Regierungen die notwendigen Maßnahmen für die schnelle und vorbehaltlose Anwendung dieser Grundfragen auf alle bei irgendeiner amtlichen Friedenskonferenz zu erzielenden Fragen zu erlangen.“

Im Hinblick auf die wesentlichen Sagenjüge zwischen den alliierten Ländern und den Zentralmächten ist die Konferenz der Ansicht, daß es äußerst ratsam wäre, daß die Konferenz dazu benutzt werde, eine Gelegenheit für die Delegierten aus den verschiedenen jetzt im Kriegszustand befindlichen Ländern zu schaffen, eine volle und offene Darlegung ihrer gegenwärtigen Stellung und ihrer zukünftigen Absichten zu geben und zu versuchen durch gegenseitige Übereinstimmung ein Programm des Vorgehens für einen schnellen und demokratischen Friedens aufzustellen.“

Am Schlusse der Denkschrift werden die Sozialisten der Zentralmächte um eine Antwort ersucht und die Hoffnung ausgesprochen, daß sie sich den gemeinsamen Bemühungen der internationalen anschließen werden.

Der Parteivorstand der deutschen Sozialdemokratie hat in seiner Antwort erklärt, die Partei sei bereit, an einer internationalen Konferenz teilzunehmen, wie sie während des ganzen Krieges alle darauf hingehenden Bestrebungen lebhaft unterstützt habe. Ueber unsre Stellung zu den Friedensbedingungen ist dabei folgendes ausgeführt worden:

„Der Brief wünscht nun weiter, daß die Sozialdemokratische Partei Deutschlands öffentlich eine Erklärung über ihre Friedensbedingungen abgibt. Die deutsche Partei hat solche Erklärungen bereits mehrfach abgegeben. Sie hat sich durch ihre Redner im Reichstag und in öffentlichen Auftritten stets zu einem Selbstbestimmungsrecht der Völker abgeklärt. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands hat in ihrem Aben bekannten Memorandum zur Friedensfrage eingehend Stellung genommen. Der Würzburger Parteitag hat dieses Memorandum gebilligt. Wir haben seine Uebersetzung in Stockholm gegeben, der Öffentlichkeit in ihrem Wortlaut übermittelten Erklärungen losgelassen.“

Um jedoch von vornherein Differenzen über die materiellen oder geschäftlichen Vorbedingungen der Konferenz vorzubeugen, gingen wir noch einen Schritt weiter und erklärten zu gleicher Zeit dem Genossen Troelstra, wir seien auch einverstanden, wenn die Stockholmer Denkschrift des Holländisch-Scandinavischen Komitees zur Verhandlungsgrundlage der internationalen Konferenz dienen würde. Dabei mußten wir allerdings zwei Vorbehalte machen. Wir haben uns nach wie vor für die Wiederherstellung eines unabhängigen Belgiens erklärt, möchten jedoch getrost über die darüber hinausgehenden Forderungen der neutralen Staaten und unsrer Stellungnahme Übereinstimmung, oder nicht befehle. Weiter haben wir erklärt, in der elsaß-lothringischen Frage an unsren Stockholmer Erklärungen festhalten zu müssen. Außerdem haben wir keinen Zweifel gefaßt, daß der Ostfriede für uns nicht unabänderlich sei und ein allgemeiner Verständigungsfrieden daran unter keinen Umständen scheitern dürfe. Auch diese Erklärungen sind klar und bestimmt formuliert worden. Wenn bei Henderson darüber Mißverständnisse aufkamen, so nur infolge der Vorkerzeugungen der Entente-Regierungen.

### Vorfeldkämpfe.

Wth. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, den 7. September 1918.

#### Westlicher Kriegsschauplatz.

Seeresgruppen Kronprinz Rupprecht und von Vochn:

Nordwestlich von Langemarck machten bayerische Truppen bei frühlichem Vorstoß mehr als hundert Gefangene. Südlich von Ypern schlugen wir mehrfache Angriffe der Engländer zurück.

An den Schlachtfeldern entwickelten sich heftige Infanteriegefechte im Bogenlande unsrer Stellungen. Unsere Nachhuten zwangen den Feind in der Linie Hain-Viermont-Longuevesne zur Entwidlung und zu verlustreichen Angriffen. Unsere Schlachtflieger griffen feindliche Kolonnen beim Uebergang über die Somme bei Erie und St. Christ mit Erfolg an. An der Somme und Oise ist der Feind über Ham und Chauny gefolgt und stand am Abend im Kampf mit unsren Nachhuten in der Linie Ambigny-Billeguier-Aumout. Zwischen Oise und Aisne lebhaft Vorfeldkämpfe. Weidenseits von Saingailon wurden stärkere Angriffe des Feindes abgewiesen.

Seeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Westlich von Bailly stehen wir an der Aisne in Gefechtsfühlung mit dem Feinde. Auf den Höhen nordöstlich von Fismes wiesen wir erneute Angriffe der Amerikaner ab. Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

#### Verfentt.

Berlin, 7. September. (Amtlich.) An der englischen und nordfranzösischen Küste verankert unter U-Boote 12 000 Brutto-Registertonnen.

Der Chef des Admiralskabs der Marine.

Damit glauben wir den Vorschlägen der Verbandssozialisten in ihrer Denkschrift durchaus gerecht geworden zu sein und unsren Standpunkt präzis formuliert zu haben. Es bestand Übereinstimmung über die in der Denkschrift festgelegten Grundzüge der Friedensbedingungen, auch die verlangte Erklärung zu den Friedensfragen im einzelnen war durch Bezugnahme auf unsre Stockholmer Denkschrift bzw. durch unsre Erklärungen zur neutralen Denkschrift gegeben.

Henderson ist indes anderer Meinung. Er macht uns zum Vorwurf, daß wir unsre Haltung nicht geändert hätten und erklärt kategorisch, daß die Verbandssozialisten ihrerseits seit auf den Beschlüssen der internationalen Konferenz bestehen müssen. Henderson erklärt das, obgleich wir, wie dargestellt, einen erheblichen Schritt weitergegangen sind, während in der Londoner Denkschrift gleich im zweiten Absatz gesagt wird:

„Die Konferenz steht auf dem Standpunkt der folgenden, am 14. Februar 1915 einstimmig angenommenen Resolution der Konferenz der Arbeiter- und Sozialistenparteien der alliierten Länder.“

Und nun folgt der volle Wortlaut jener Entschliessung, deren Einseitigkeit durch folgenden Passus illustriert wird:

„Die Sozialisten der alliierten Länder verlangen, daß überall in Europa, von Eliaß-Lothringen bis in die Balkan-Halbinsel alle Völker, die mittels Gewalt annektiert worden sind, ihr volles Recht der Selbstbestimmung wiedererlangen sollen.“

Warum das Selbstbestimmungsrecht nicht für alle Völker — auch die außerhalb Europas — Anwendung finden soll, ist vom sozialistischen Standpunkt nicht verständlich. Von der gleichen Einseitigkeit ist die Londoner Denkschrift besonders bei der Stellungnahme zu den einzelnen Gebietsfragen. So bei der elsaß-lothringischen Frage; den italienischen Ansprüche, die mit „wärmster Sympathie begrüßt“ und „unterstützt“ werden; dem Südslovenen und der Türkei, die Armenien, Mesopotamien und Arabien nicht behalten dürfe. Für die Kolonien in Afrika, „von Meer zu Meer, einschließlich der ganzen Gegend nördlich von Jambesi und südlich der Sahara“ wird eine besondere Regelung verlangt. Sie sollen unter ein vom Völkerverbund zu schaffendes und von ihm zu unterhaltendes Kontrollsystem gestellt werden. Warum soll dieses Kontrollsystem zum Schutze der Eingeborenen nicht auch ausgedehnt werden auf die außerhalb dieses begrenzten Bezirkes liegenden Kolonien der Entente-Mächte?

Trotz diesen ganz offensichtlichen Einseitigkeiten der Londoner Denkschrift übertrug Henderson doch der Meinung zu sein, daß bei den Verhandlungen der internationalen Konferenz nicht nur unsre Stockholmer Denkschrift, sondern auch die der Neutralen beiseite gedoben und lediglich die der alliierten Sozialisten zur Grundlage gemacht werden soll. Bei einem solchen Verfahren konnte von einer Verständigung nicht die Rede sein. Es bedingte vielmehr unsre vorherige Unter-

ordnung unter das Gebot der andren Seite! Ein solcher Verlangen müßten wir entschieden ablehnen.

Es wäre aber auch nicht in Einklang zu bringen mit den oben zitierten Schlüssen der Londoner Denkschrift. Denn danach soll die internationale Konferenz den Delegierten Gelegenheit zur vollen offenen Darlegung ihrer Stellung geben, wobei versucht werden soll, „durch gegenseitige Uebereinstimmung zu einem gemeinsamen Programm zu kommen.“

Nur so hat die internationale Konferenz einen Zweck und nur so kann sie ihrer großen Aufgabe gerecht werden.

Wenn also Henderson die Frage an uns richtet: „Müssen wir wissen, ob die deutsche Arbeiterpartei wirklich nicht in der Lage ist, mit uns zusammen eine freundschaftliche Lösung der territorialen Fragen zu finden, von deren Regelung die Dauerhaftigkeit des Friedens abhängt“, so können wir nur antworten, daß wir dazu noch wie vor bereit sind.

### Die Wahlreform.

Ebert bei Hertling.

Aus Berlin wird gemeldet:

Nachtagsabgeordneter Ebert, der Vorsitzende des Hauptausschusses, ist am Freitag vom Reichskanzler empfangen worden. Man nimmt an, daß Graf Hertling sich mit Ebert über den Stand der Verhandlungen im Wahlrechtsausschuss des Herrenhauses unterhalten und ihm darlegen wollte, welche „Sicherungen“ er mit seinen der Sozialdemokratie gemachten Zusagen für vereinbar hält. Daß eine Forderung der Ausschüsse über die Einberufung des Hauptausschusses oder des Reichstags selbst eingetreten sei, ist nicht wahrscheinlich. Noch weniger könnte man erwarten, daß unter den gegenwärtigen Umständen an eine sozialdemokratische Parteiführerschaft übernahme gedacht wird, auf welche in rechtsstehenden Blättern jüngst hingedeutet wurde.“

Allerdings: die Sozialdemokratie denkt gar nicht daran, unter den jetzigen Verhältnissen die alte Erbchaft, die andre ihr etwa hinterlassen wollen, in der Art mitzuerben, daß sie eben oder den andren ihrer Vertreter in die Regierung eintraten läßt. In einem solchen Schritte müßten ganz andere Vorbedingungen erfüllt werden. Es müßte die Sicherheit eines wirklich fruchtbaren Wirkens im Sinne unsrer Partei gegeben sein, was unter der jetzigen Regierung aber nicht der Fall ist.

Unser Parteigenosse Ebert wird dem Reichskanzler keinen Zweifel lassen, wie sehr die Geduld des Volkes durch das Verhallen der Wahlrechtskründe auf die Probe gestellt wird, wie sehr aber auch das letzte Entgegenkommen der Regierung in der Frage der sogenannten „Sicherungen“ mit der dem Volke gemachten Zusage im Widerspruch steht.

### Ende der Generaldiskussion im Ausschuss.

Berlin, 7. September. In der am Freitag zu Ende gegangenen Generaldiskussion wurden vorzugsweise die vermittelnden Vorschläge erörtert, die die Annahme des gleichen Wahlrechts aber die Nichtdurchführung der Zulibsthaft haben würden; auch der Verhältnis der Zulibsthaft zur Oberlibsthaft wurde besprochen. Von deutscher Seite wurde in Aussicht gestellt die Einbringung von Vorschlägen in der Richtung eines verfassungsähnlichen oder eines Gruppenwahlrechts für das Abgeordnetenhaus. Die Kommission beschloß sodann, die Spezialberatung am Mittwoch den 11. September zu beginnen.

### Neutrale Friedensvermittlung unmöglich.

Stockholm, 6. September.

Am Donnerstag empfing der schwedische Staatsminister Eden eine Abordnung der schwedischen Friedens- und Schiedsgerichtsvereine, die um die Mitwirkung bei der Zulibsthaft zur Einleitung der Friedensverhandlungen bat. Der Staatsminister wies auf seine frühere Erklärung hin und betonte die Verantwortlichkeit der schwedischen Regierung, mit ihren Kräften am Zustandekommen des Friedens mitzuwirken. Doch sei es vollkommen ausgeschlossen, sich an diesem Punkte an die interessierten Mächte zu wenden. Darauf fuhr der Staatsminister fort: Dagegen wurden bei den skandinavischen Antikriegsvereinen Entwürfe über die Zusammenberufung einer Konferenz zwischen den neutralen Staaten zur Wahrnehmung ihrer Interessen bei und nach Friedensabschluss angebracht. Auf einer solchen Konferenz dürfte es ihre Hauptaufgabe sein, soweit das für die Neutralen möglich ist, die Arbeit für den Wiederanfang der internationalen Rechtsordnung auf sicherem Grunde und für die Befestigung der Dauerhaftigkeit des Friedens vorzubereiten. Der Staatsminister stellte mit, daß durch Verhandlungen, die in letzter Zeit zwischen Schweden, Norwegen und Dänemark geführt wurden, der Gedanke einer neutralen Konferenz einen bedeutenden Fortschritt gemacht habe und sprach die Hoffnung aus, derselbe möge auch Anlaß bei den andren neutralen Ländern finden.